

## **35. Steuerrechtliche Jahresarbeitstagung Wiesbaden, vom 14. bis 16. Mai 1984**

### **Die Unternehmensbesteuerung aus der aktuellen Sicht des Gesetzgebers, der Verwaltung und der Rechtsprechung**

Ministerialdirektor Dr. Adalbert Uelner, BMF, Bonn

- I. Wirtschaftsentwicklung und Unternehmensbesteuerung
- II. Bedingungen und Möglichkeiten einer Reform des Einkommensteuertarifs
- III. Zur steuerlichen Förderung von sog. Risikokapital
- IV. Neuere Entwicklung bei der Körperschaftsteuer
  1. Steuerliche Behandlung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung
  2. Probleme beim Verlustrücktrag
  3. AO-Probleme im Zusammenhang mit den Änderungen der §§ 27 bis 29 KStG
- V. Zur Behandlung von Geldbußen und Geldstrafen bei der steuerlichen Gewinnermittlung
- VI. Zur steuerneutralen Umsetzung der EG-Bilanzrichtlinie in deutsches Recht
  1. Bewertung von Rückstellungen
  2. Rückstellung für unterlassene Instandhaltungen
- VII. Noch einmal: Anmerkungen zur steuerlichen Behandlung von Publikums-Kommanditgesellschaften
- VIII. Zur bilanzsteuerrechtlichen Behandlung von Vorruhestandszahlungen

### **Verdeckte Einlagen in Kapitalgesellschaften und Werbungskosten bei den Einkünften aus Kapitalvermögen**

Professor Dr. Brigitte Knobbe-Keuk, Bonn

- I. Einleitung
- II. Vermögensverluste bei wesentlicher Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft (§ 17 EStG)
  1. Der derzeitige Stand
  2. Nachträgliche Anschaffungskosten bei Beteiligungen
  3. Verlust von risikobehafteten Darlehen und Bürgschaftsverluste des Gesellschafters als nachträgliche Anschaffungskosten der Beteiligung?
- III. Bürgschaftsverluste als Werbungskosten bei den Einkünften aus Kapitalvermögen
  1. Vermögensverluste bei den anderen Überschusseinkünften
  2. Der Werbungskostenbegriff — Veranlassungsprinzip
  3. Unterscheidung von Anschaffungs- und Erhaltungsaufwand auch bei den Einkünften aus Kapitalvermögen
  4. Andere Vermögensverluste
- IV. Darlehensverluste
  1. Die zusätzliche Problematik
  2. Arbeitnehmer-Darlehen zur Arbeitsplatzsicherung
  3. Gesellschafter-Darlehen
- V. Mittelbare Aufwendungen
- VI. Zusammenfassung

## **Aktuelle steuerliche Fragen zur betrieblichen Altersversorgung unter besonderer Berücksichtigung der Empfehlungen der Kommission zur Neuregelung der Besteuerung von Alterseinkommen**

Rechtsanwalt Peter Ahrend Fachanwalt für Steuerrecht, Gesellschafter-Geschäftsführer der Beratungs-GmbH für Altersversorgung Steuerberatungsgesellschaft Dr. Dr. Ernst Heissmann, Wiesbaden

### Vorbemerkung

- I. Aktuelle steuerliche Fragen zur betrieblichen Altersversorgung
  1. Einzelfragen zur Erhöhung des Rechnungszinsfußes auf 6 %
    - 1.1. Steuerfreie Rücklage
    - 1.2. Einzelfragen
  2. Neue Rechengrundlagen für Pensionsrückstellungen
  3. Haushaltsbegleitgesetz 1984  
Auswirkungen für Pensionsrückstellungen bei der Ermittlung von Sozialversicherungsrenten
  4. Konsequenzen der Vorruhestandsregelung
  5. Fragen im Zusammenhang mit der Neuregelung des Versorgungsausgleichs
  6. Kurztestate für den Pensions-Sicherungs-Verein aG
  7. BMF-Schreiben vom 15.12.1982 betreffend Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften
    - 7.1. Neues Pensionierungsendalter
    - 7.2. Vertragliche Regelung
    - 7.3. Angemessenheitsprüfung
    - 7.4. Verteilungswahlrecht
    - 7.5. Sonstiges
  8. Neuere BFH-Urteile zu Versorgungszusagen an Arbeitnehmer-Ehegatten
- II. Die Vorschläge der Kommission Alterssicherungssysteme zur Neuregelung der Besteuerung von Alterseinkommen
  1. Einleitung
    - 1.1. Vorbemerkung
    - 1.2. Die Voraussetzungen der Kommissionsarbeit
    - 1.3. Vorgehensweise der Kommission
  2. Die Empfehlungen der Kommission zur Neuregelung der Besteuerung
    - 2.1. Vorbemerkung
    - 2.2. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 26.3.1980
    - 2.3. Steuersystematische Grundsätze
    - 2.4. Die steuerliche Behandlung von Versorgungsaufwendungen und Alterseinkünften nach geltendem Recht
      - 2.4.1. Die steuerliche Behandlung von Alterseinkünften
      - 2.4.2. Die steuerliche Behandlung von Versorgungsaufwendungen
      - 2.4.3. Kritische Würdigung der geltenden steuerlichen Regelungen
    - 2.5. Das Modell der modifizierten Ertragsanteilsbesteuerung
    - 2.6. Das Modell der Vollbesteuerung mit Sonderfreibeträgen
    - 2.7. Das Modell der belastungsäquivalenten Rentenformel
  3. Die Konsequenzen der Kommissionsmodelle für die betriebliche Altersversorgung
  4. Schlussbemerkung

## **1. Generalthema**

### **Steuergeheimnis — Informationsaustausch — Mitwirkungspflicht**

#### **Neuere Entwicklungen und Streitfragen**

#### **Teil 1:**

#### **Das Steuergeheimnis aus verfassungsrechtlicher Sicht**

Professor Dr. Karl Heinrich Friauf, Köln

- I. Entwicklung und Diskussionsstand
- II. Ratio und Legitimation des Steuergeheimnisses
- III. Grundrechtsrang des Steuergeheimnisses
  1. Bisheriger Meinungsstand
  2. Grundrechtsschutz aus Art. 2 I GG
  3. Folgerungen

#### **Teil II:**

#### **Mitwirkungspflichten — Steuergeheimnis und Rechtshilfe in Fiskalsachen in der Schweiz**

Fürsprecher Rudolf von Siebenthal, Bern

1. Obliegenheiten des Steuerpflichtigen und Dritter im Veranlagungsverfahren
  - 1.1. Prinzipien des Veranlagungsverfahrens in der Schweiz (direkte Steuern)
  - 1.2. Grundsatz: Auskunftspflicht des Steuerpflichtigen
  - 1.3. Ausnahme: Auskunftspflicht Dritter
  - 1.4. Wahrung von Berufsgeheimnissen im Veranlagungsverfahren
    - 1.4.1. Bankgeheimnis als Sonderfall des Berufsgeheimnisses
  - 1.5. Folgen der Verweigerung der Mitwirkung
2. Steuergeheimnis als Korrelat zu den Mitwirkungspflichten
  - 2.1. Steuergeheimnis als qualifiziertes Amtsgeheimnis
  - 2.2. Rechtsgrundlagen des Steuergeheimnisses
  - 2.3. Gegenstand des Steuergeheimnisses
  - 2.4. Umfang des Steuergeheimnisses
    - 2.4.1. Grundsatz: Absolute Geltung
    - 2.4.2. Ausnahmen: Durchbrechung des Steuergeheimnisses bei erheblichen öffentlichen Interessen
  - 2.5. Verhältnismäßigkeit, Angemessenheit, Zumutbarkeit
  - 2.6. Sanktionen bei Verletzung des Steuergeheimnisses
3. Steuergeheimnis und Amts- oder Rechtshilfe in Fiskalsachen
  - 3.1. Einleitung
  - 3.2. Informationsaustausch zwischen Bundesbehörden
  - 3.3. Interkantonale Amts- und Rechtshilfe
  - 3.4. Internationale Amts- oder Rechtshilfe
4. Der Informationsaustausch nach dem deutsch/schweizerischen DBA (DBA/CH)
  - 4.1. Durchführung des Abkommens
  - 4.2. Auskünfte zur Vermeidung von Abkommensmißbräuchen (Art. 23 Abs. 4 DBA/CH)
  - 4.3. Art des Informationsaustausches nach dem DBA/CH
    - 4.3.1. Auf Ersuchen im Einzelfall
    - 4.3.2. Kulanzauskünfte
  - 4.4. Voraussetzungen für den Informationsaustausch
    - 4.4.1. Geheimhaltung im ersuchenden Staat
    - 4.4.2. Erhältlichkeit der Informationen
    - 4.4.3. Gegenseitigkeit
  - 4.5. Vorbehalte
    - 4.5.1. Steuergeheimnis
    - 4.5.2. Berufsgeheimnis
    - 4.5.3. „Ordre public“ (öffentliche Ordnung)

- 4.6. Durchführung des Informationsaustausches
  - 4.6.1. Verfahren
  - 4.6.2. Rechtsstellung des Betroffenen beim Informationsaustausch
- 4.7. Informationsaustausch in anderen Fällen
  
- 5. Rechtshilfe bei Abgabebetrug
  - 5.1. Vorbemerkungen
  - 5.2. Grundsätze der Rechtshilfe in Fiskalsachen nach dem IRSG
    - 5.2.1. Abgabebetrug
    - 5.2.2. Verfahren
    - 5.2.3. Plausibilitätsprüfung
  - 5.3. Rechtshilfemaßnahmen
  - 5.4. Grundsätze bei der Durchführung von Rechtshilfegesuchen
    - 5.4.1. Beidseitige Strafbarkeit
    - 5.4.2. Verhältnismäßigkeit
    - 5.4.3. Gegenrecht
    - 5.4.4. Spezialität
  - 5.5. Ausschluss der Rechtshilfe
    - 5.5.1. Sonderdelikte
    - 5.5.2. Mängel des ausländischen Verfahrens
    - 5.5.3. Verhältnismäßigkeit
    - 5.5.4. Erloschener Strafanspruch
    - 5.5.5. Ordre public (öffentliche Ordnung)
  - 5.6. Schutz des Geheimbereiches
    - 5.6.1. Der Geheimnisbereich der am Strafverfahren Beteiligten
    - 5.6.2. Geheimbereich unbeteiligter Drittpersonen
  - 5.7. Rechtsmittel
  
- 6. Verhältnis des IRSG zum DBA
  
- 7. Informationspflichten ohne Steuerpflicht? — Drei Fälle zur extraterritorialen Anwendung amerikanischen Rechts
  - 7.1. Vetco Inc.
    - 7.1.1. Sachverhalt
    - 7.1.2. Anmerkungen zum Vetco-Fall
  - 7.2. Marc Rich
    - 7.2.1. Sachverhalt
    - 7.2.2. Anmerkungen zum Fall Marc Rich
  - 7.3. Toyota Motor Corporation
    - 7.3.1. Sachverhalt
    - 7.3.2. Anmerkungen zum Toyota-Fall

**Teil III:**

Aussprache mit den Referenten und Teilnehmern  
unter Leitung von  
Rechtsanwalt Helmut Becker, Düsseldorf Fachanwalt für Steuerrecht

## 2. Generalthema

### **Gesellschaftsrechtliche Unternehmenspraxis — aktuelle Probleme im Lichte der neueren Rechtsprechung**

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Referenten und Bearbeiter der Arbeitsunterlage:

Notar Dr. Hans Joachim Priester, Hamburg

Professor Dr. Karsten Schmidt, Hamburg

unter Leitung von

Dr. Alfred Kellermann, Karlsruhe Richter am Bundesgerichtshof

1. Haftung aus § 25 HGB bei der Unternehmenspacht
2. Die Nachhaftung des ausgeschiedenen Komplementärs
3. Haftungsprobleme des Kommanditistenwechsels
4. Der Abschluss von Unternehmensverträgen bei der GmbH
5. Ungelöste Probleme des Informationsrechts
6. Betriebsaufspaltung als Unterkapitalisierung
7. Kapitalersetzende Banken- und Aktionärsdarlehen
8. Mitgliedschaftsrechte des ausgeschiedenen GmbH-Gesellschafters

## 3. Generalthema

### **Umsatzsteuerliche Überlegungen im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften**

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Referent und Bearbeiter der Arbeitsunterlage:

Ministerialrat Dr. Rembert Schwarze, Finanzministerium des Landes NRW, Düsseldorf

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Referenten und Teilnehmern

unter Leitung von

Rechtsanwalt Dr. Günter Hallerbach Fachanwalt für Steuerrecht, Duisburg

unter Mitwirkung von

Dr. Günther Rau, Referent für Umsatzsteuer und Verkehrsteuern .:“. Deutschen Industrie- und Handelstag, Bonn

1. Bauen auf fremdem Boden
2. Zwischenvermietungen und Bauherrenmodell
3. Wohnungseigentümergeinschaften und Vorsteuerabzug
4. Auswirkungen der grunderwerbsteuerlichen BFH-Rechtsprechung zum Bauherrenmodell auf die Umsatzsteuer
5. Umsatzsteuer beim Nießbrauch
6. Veräußerung von Betriebsgrundstücken und Option zur Steuerpflicht

## 4. Generalthema Verluste

### Teil I:

#### Gute Verluste • Böse Verluste

#### Ausschluss und Beschränkung des Verlustausgleichs und -abzugs

Professor Dr. Joachim Schutze-Osterlob, Berlin

- I. Einleitung: Verluste und Leistungsfähigkeitsprinzip
- II. Ausschluss der Verlustberücksichtigung wegen Fehlens der Gewinnerzielungsabsicht (Liebhaberei)
  - 1) Rechtliche Grundlagen
  - 2) Gewinnerzielungsabsicht
    - a) Gegenstand der Gewinnerzielungsabsicht
    - b) Problematische Fallgestaltungen
    - c) Feststellung der Gewinnerzielungsabsicht
  - 3) Einkünfte aus Kapitalvermögen und aus Vermietung und Verpachtung
  - 4) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit
  - 5) Sonstige Einkünfte
  - 6) Ergebnis
- III. Von den Verlustklauseln zu § 15a EStG
  - 1) Verlustklauseln (insb. § 7a Abs. 6 EStG a.F.)
  - 2) Verluste aus gewerblicher Tierzucht oder gewerblicher Tierhaltung, § 15 Abs. 3 EStG
    - a) Überblick
    - b) Ausgleich und Abzug bei gleichartigen positiven Einkünften des Ehegatten im Falle der Zusammenveranlagung
      - i) Ausgleich innerhalb desselben Veranlagungszeitraums
      - ii) Verlustabzug entsprechend § 10d EStG
    - c) Veräußerungsgewinn nach Zurechnung von Verlusten, die sich nicht durch Ausgleich oder Abzug ausgewirkt haben
  - 3) Verluste bei beschränkter Haftung, § 15a EStG
- IV. Ausschluss der Verlustberücksichtigung auf Grund von Aktivitätsklauseln
  - 1) Funktion der Aktivitätsklauseln
  - 2) Schranken der Verlustberücksichtigung nach § 2a EStG
    - a) Überblick
    - b) Ausgleichs- und Abzugsbeschränkung
    - c) Auswirkungen auf die Anrechnung ausländischer Steuern nach § 34c EStG
    - d) Auswirkungen auf den Progressionsvorbehalt nach § 2a EStG
  - 3) Verlustausgleich und -abzug für nach Doppelbesteuerungsabkommen freigestellte Einkünfte, §§ 2, 5 AIG
  - 4) Mittelbare Verlustberücksichtigung durch Bildung einer steuerfreien Rücklage, §§ 3, 5 AIG

### Teil II:

#### Neue Entwicklungen beim Verlustausweis aufgrund des Imparitätsprinzips

##### 1. Referat

Dipl.-Kfm. Dr. Elisabeth Strobl, München Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

- A) Einleitung
- B) Teilwertabschreibungen bei Sachanlagen wegen mangelnder Rentabilität oder Kapazitätsauslastung
  - I. Teilwertabschreibung wegen mangelnder Rentabilität
  - II. Teilwertabschreibung wegen mangelnder Kapazitätsauslastung

- C) Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Dauerschuldverhältnissen
- I. Verlustrückstellung für langfristige Mietverträge beim Mieter
  - II. Abzinsung?
  - III. Gesamtbetrachtung oder nur künftige Verluste?
  - IV. Berücksichtigung künftiger Kosten- und Ertragssteigerungen?
  - V. Saldierung mit Vorteilen aus wirtschaftlich zusammenhängenden Geschäften?
  - VI. Rückstellungen bei bewusst abgeschlossenen Verlustgeschäften

## **2. Aussprache**

Aussprache an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen unter Leitung von  
Rechtsanwalt Dr. Arndt Raupack, München

### **Teil III:**

#### **Verluste im körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahren**

##### **1. Referat**

Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. Manfred Orth, Frankfurt am Main

- I. Gegenwärtige Lage
- II. Steuerliche Behandlung von Verlusten bis zur Einführung des körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens
- III. Auswirkungen von Verlusten in der Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals
  1. Vermögensminderung in der Eigenkapitalgliederung
  2. Rückwirkungen der Erfassung steuerlicher Verluste in der Eigenkapitalgliederung
    - a) Herstellen der Ausschüttungsbelastung nach Änderung des verwendbaren Eigenkapitals durch einen Verlustrücktrag
    - b) Anfechtbarkeit der Verlustermittlung im Entstehungsjahr

## **2. Aussprache**

Aussprache an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen unter Leitung von  
Rechtsanwalt Dr. Arndt Raupack, München

### **Teil IV:**

#### **Verluststrategien**

Gestaltende Maßnahmen in Verlustsituationen

##### **1. Referat**

Dipl.-Kfm. Max A. Hofbauer, München Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

- A) Klassische Bilanzpolitik
  - I. Bilanzansatzwahlrechte
  - II. Bewertungswahlrechte
  - III. Verfahrenswahlrechte
  - IV. Abwertungswahlrechte
- B) Sachverhaltsgestaltende Bilanzpolitik
- C) Gesellschaftsrechtliche Gestaltungen

## **2. Aussprache**

Aussprache an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen unter Leitung von  
Rechtsanwalt Dr. Arndt Raupack, München

## 5. Generalthema

### Reaktionsmöglichkeiten der vorsorgenden Vertragspraxis für die GmbH auf das Bilanzrichtlinie-Gesetz

#### Teil I:

##### Handelsrecht

Professor Dr. Peter Hommelhoff, Bielefeld

- I. Einleitung
- II. Einzelprobleme der Rechnungslegung
  1. Übergangsregelung für stille Reserven
  2. Bilanzierung von Gesellschafterdarlehen
    - a) Zur Bedeutung der Rücktrittsvereinbarung
    - b) Rechtsqualitativ differenzierte Bilanzierung
    - c) Nachrangiges Haftkapital
  3. Einzelinformationen im Anhang
    - a) Organkredite
    - b) Aufgegliederte Umsatzerlöse
  4. Lagebericht
- III. Besonderheiten der Abschlussprüfung in der GmbH
  1. Bestellung des Abschlussprüfers
    - a) Beteiligung des Gesellschafter-Geschäftsführers
    - b) Satzungsregelung zur Prüferwahl
  2. Abschlussprüfer und Gesellschafter
    - a) Korporationsrechtlicher Prüfungsauftrag
    - b) Bilanzausschuss
  3. Verzicht auf den Prüfungsbericht?
  4. Tendenzen in drittelparitätischen Aufsichtsräten
  5. Funktion und Stellung des Abschlussprüfers
- IV. Ergebnisverwendung
  1. Vorstrukturierter Verwendungsbeschluss
    - a) Berührte Interessen
    - b) Klauselvorschläge
  2. Übergangsregelungen
    - a) Vorläufige Registersperre
    - b) Schwierigkeiten bei der Satzungsänderung
    - c) Vorsorgliche Vertragsänderung
- V. Publizität
- VI. Schluss
  1. Gefahr der „satzungsstrengen Einheitsgesellschaft“
  2. Thesen

#### Teil II:

##### Steuerrecht

Professor Dr. Georg Crezelius, Mainz

- I. Schlagwort „Steuerneutralität“
- II. Maßgeblichkeitsgrundsatz und umgekehrte Maßgeblichkeit
  1. Sinn und Zweck des § 5 Abs. 1 EStG
  2. Bestätigung der Maßgeblichkeit
  3. Gesellschaftsvertragliche Bilanzierungsgrundsätze
- III. Bilanzierungshilfe versus Aktivierungswahlrecht
- IV. Begriffe und Definitionen
  1. Wirtschaftsgut statt Vermögensgegenstand
  2. Anschaffungs- und Herstellungskosten
    - a) Anschaffungskosten
    - b) Herstellungskosten
  3. Rechnungsabgrenzungsposten
  4. Rückstellungen (allgemein)

**Teil III:**

**Aussprache mit den Referenten und Teilnehmern**

unter Leitung von

Rechtsanwalt Dr. Lüder Meyer-Arndt, Köln Fachanwalt für Steuerrecht

**6. Generalthema**

**Gründung, Erwerb, Veräußerung von Beteiligungen an ausländischen Kapitalgesellschaften**

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Referent und Bearbeiter der Arbeitsunterlage:

Dr. Ulrich Moebus, Frankfurt, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht

unter Leitung von

Reinhard Pöllath, München, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht

unter Mitwirkung von

Ministerialdirigent Dr. Klaus Manke, BMF Bonn

Dr. Siegfried Widmann, Richter am Bundesfinanzhof

- I. Einleitung  
Gesetzliche Neuregelungen im Außensteuerbereich  
Abgrenzung der Fälle
- II. Gründung
  1. einer ausländischen Tochtergesellschaft  
Fall 1a) Gründung einer ausländischen Tochtergesellschaft in den Niederlanden zum 1.12.1983 durch inländische Kapitalgesellschaft  
Fall 1b) Gründung einer ausländischen Tochtergesellschaft durch inländische Personengesellschaft
  2. einer ausländischen Gesellschaft durch ausländische Tochtergesellschaft  
Fall 2) US-Tochtergesellschaft einer inländischen Kapitalgesellschaft gründet Finanzierungsgesellschaft auf niederländischen Antillen
- III. Erwerb einer ausländischen Tochtergesellschaft  
Fall 3a) Erwerb einer Schweizer Holding, die an einer italienischen AG beteiligt ist, durch inländische Kapitalgesellschaft  
Fall 3b) Erwerb einer Schweizer Holding, die an einer italienischen AG beteiligt ist, durch inländische Personengesellschaft
- IV. Veräußerung  
Fall 4a) Veräußerung der Schweizer Holding, die an einer italienischen AG beteiligt ist, durch inländische Kapitalgesellschaft  
Fall 4b) Veräußerung der Schweizer Holding, die an einer italienischen AG beteiligt ist, durch inländische Personengesellschaft
- V. Kapitalerhöhung (Gratisaktien) durch inländische Kapitalgesellschaft
  1. bei ausländischer Tochtergesellschaft  
Fall 5: Kapitalerhöhung — in Japan
  2. bei ausländischer Enkelgesellschaft  
Fall 6: Kapitalerhöhung — luxemburgische Tochtergesellschaft erhält Gratisaktien von japanischer Enkelgesellschaft
  3. bei brasilianischer Tochtergesellschaft  
Fall 7: Gratisaktien von brasilianischer Tochtergesellschaft

## 7. Generalthema

### Verdeckte Gewinnausschüttungen bei verbundenen Unternehmen

#### Teil I:

#### Die mittelbare verdeckte Gewinnausschüttung bei verbundenen Unternehmen — Handelsrecht

Professor Dr. Uwe H. Schneider, Darmstadt/Mainz

- I. Die Ausgangslage
- II. Die verdeckte Gewinnausschüttung bei der nicht verbundenen Gesellschaft
- III. Die Fragestellung
- IV. Die verdeckte Gewinnausschüttung bei verbundenen Unternehmen
  1. Die mittelbare verdeckte Gewinnausschüttung beim herrschenden Unternehmen durch Zuwendungen eines abhängigen Unternehmens
  2. Anrechnung von Vergütungen im Konzern
  3. Die verdeckte Gewinnausschüttung durch ein abhängiges Unternehmen an das nur mittelbar beteiligte herrschende Unternehmen
    - a) Sonderregelungen im Aktienrecht
    - b) Die mittelbare verdeckte Gewinnausschüttung im mehrstufigen Konzern
      - i Die Haftung des unmittelbar beteiligten Konzernunternehmens
      - ii Die Haftung des mittelbar beteiligten Konzernunternehmens
      - iii Die Wirksamkeit konzerninterner Rechtsgeschäfte im GmbH-Konzern

#### Teil II:

#### Verdeckte Gewinnausschüttungen bei verbundenen Unternehmen — Steuerrecht

Professor Dr. Joachim Lang, Darmstadt

- I. Problemstellung
- II. Begriff und Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung bei verbundenen Unternehmen
  1. Begriff der verdeckten Gewinnausschüttung
  2. Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung
  3. Mittelbare verdeckte Gewinnausschüttungen durch Zuwendungen von Schwester- und Enkelgesellschaften
    - a) Zuwendungen von Schwestergesellschaften
    - b) Zuwendungen von Enkelgesellschaften
  4. Verdeckte Gewinnausschüttungen bei international verbundenen Unternehmen
- III. Verdeckte Gewinnausschüttung immaterieller Anlagegüter
  1. Verhältnis des handels- und steuerrechtlichen Aktivierungsverbots für unentgeltlich erworbene immaterielle Anlagegüter (§§ 153 Abs. 3, 5 AktG; 5 Abs. 2 EStG) zu § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG
  2. Zur Anwendung des -Fremdvergleichs im Anrechnungsverfahren (Ist die Rückkehr zur Fiktionstheorie erforderlich?)
  3. Zuwendung immaterieller Anlagegüter an Muttergesellschaften
  4. Zuwendung immaterieller Anlagegüter an Schwestergesellschaften
- IV. Verdeckte Gewinnausschüttungen von Nutzungen und Leistungen
  1. Gewinnverlagerungen zwischen Schwestergesellschaften durch Nutzungen und Leistungen
  2. Zuwendung von Nutzungen und Leistungen an die Muttergesellschaft
- V. Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters im Konzern (Konzernsolidarität im Eigeninteresse)
- VI. Einvernehmliche verdeckte Gewinnausschüttung

#### Teil III:

Aussprache mit den Referenten und Teilnehmern

unter Leitung von

Dr. Dr. Georg Döllerer, München, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof